Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat: 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 217 | Dresden, Dienstag den 16. September 1924 | 35. Jahrg.

Komödie der Irrungen

Aus München wird uns geschrieben:

Als Ludendorff und Hitler im November 1923 den Münchner Voter-Aufstand in Szene setzten und dabei erfuhren, daß tendenziöse Hinterhältigkeit sogar die eigenen Hochverratsgenossen niederknallt und sie zwingt, ihren Bauch mit dem Asphalt in nähere Berührung zu bringen, da verlegten sich die Vorerfinder auf die ungewohnte Beschäftigung, über die Ursachen ihres Mißgeschickes nachzudenken. Seit jener Zeit findet man im wissenschaftlichen völkischen Moniteur mancherlei Gedankensplitter der Ober- und Unterführer, aus denen hervorgeht, daß sie immer noch nicht wissen, wie die Sache hätte erfolgreich gedreht werden können. Allein so viel haben sie doch erkannt: Mit dem angeblichen „Sehnen des deutschen Volkes“ nach dem Putsch der Lu- und Hi-Leute war es nichts und wird auch ferner nichts zu machen sein. Positives Ergebnis war eine unheimliche Leere völkischer Kriegskassen, die sich trotz der Steigerung politischer Kraftphrasen nicht mehr füllen wollen. Seitdem Hitler im Kittel sitzt und sich der Erneuerung der deutschen Literatur widmete, rangen sich seine Leute unter Führung der Streicher, Esser und anderer auf dem Trockenen sitzenden Demagogen in einem heftigen Lärmen darüber, wer von ihnen berufen sei, in echter Treue das Werk des Meisters fortzuführen. Doch wurden die leeren Kassen davon nicht voller, und Druckereibesitzer und Saalinhaber trauern in Bayern noch immer um den Verlust von 50 000 M., die selbst das beredte Schweigen der völkischen Klingelbeutel nicht zu beseitigen vermag. Die Wahlen vom April 1924 veränderten das Bild. Den Parlamentarismus auszuhöhlen war den Erwählten als imperatives Mandat von dem hinterbliebenen Wählertroß auferlegt worden. Aber kaum hatten die Landtagsverhandlungen begonnen, so zeigte sich, daß die Erwählten, sobald sie Diätenschlucker geworden waren, genau wie ihre Kollegen im Reichstage alles vergaßen, was sie den Wählern treu und heilig versprochen hatten. Worauf ein neues und noch größeres Toben der allein echten Hitlerleute gegen die parlamentarischen Bonzen einsetzte. Sie selbst antworteten darauf mit der Ausschiffung einiger Fraktionskollegen, die wegen gemeiner Verbrechen mit den deutschen Gefängnissen eingehende Bekanntschaft gemacht hatten.

Neuerlich ist zwischen den antisemitisch-völkischen Tribunen und den um Ludendorff Gruppierten so etwas wie eine Einigung zustande gekommen. Aber diese Einigung wird nur durch Spinnfäden zusammengehalten, die einstweilen die Neugier der weiteren Flucht aus dem völkischen Lager hemmen sollen. Erst dieser Tage hat Er, der Kriegsverlierer und politische Versager, einem Schriftleiter der auch schon bald abgebrochenen Preßstelle Völk. Kurier eine Unterredung bewilligt, damit er Seinem Volke die Hoffnung übermitteln könne, daß nun alle Gruppen der Völkischen sich unter Seiner Fahne zusammenfinden. Kurz vorher aber hatte die allerechte Hitlernachfolge der Streicher und Esser eine Erklärung veröffentlicht gegen den von Ihm ernannten Nachfolger Hitlers, den Pillendreher Straßer. In dieser Erklärung heißt es: Daß die von Straßer behauptete Einheitlichkeit der völkischen Bewegung nur im Kopfe Straßers existiere. Weiter sei der Völkische Block „nach Angabe seiner parlamentarischen Gründer lediglich als vorübergehende Wahlorganisation geschaffen worden“, die mit Abschluß der Wahlen ihre Aufgabe erfüllt habe. Einem Weiterbestehen des Völkischen Blocks habe Hitler nicht zugestimmt. Weshalb die Großdeutsche Volksgemeinschaft als eine selbständige Organisation weiter besteht und ihre „Aufklärungstätigkeit“ weiterführt, bis Hitler die politische Führung wieder übernimmt.

Der Gegensatz zwischen Ludendorff und Hitler besteht also weiter, und die Komödie der Irrungen wird bei gelegener Zeit ihren Abschluß finden. Das wird um so schneller geschehen, als die Landtagsbonzen des Völkischen Blocks offen darauf hinarbeiten, im Verein mit der deutschnationalen Hilfstruppe zur Regierungsfähigkeit emporzuklimmen. Je näher sie diesem Ziele kommen, desto mehr werden die draußen für die völkischen Ideale (lies: ihre Existenz) kämpfenden Tribunen Krach schlagen. Zumal die alten und bewährten Führer der Sturmtrupps von Ihm so ziemlich abgehalftert und durch zuverlässige arbeitslose Offiziere ersetzt worden sind. Da die Tribunen der Gasse, wie überhaupt alle Sorten von Völkischen, von allen Seiten von Monarchisten, Deutschnationalen und Großindustriellen Geld genommen haben, so sind sie zu Gimpelfängern der Geldgeber der Schwerindustriellen und Altdeutschen herabgesunken. Ludendorff aber sorgt, daß er es besser versteht, seine „völkischen Ideale“ individuell zu verwerten, und daß seine kaufmännischen Talente seine politische und militärische Befähigung weit übertragen. Hat er doch nach dem Vorbilde unseres Exfreundes für diejenigen, die nicht alle werden, ein Kreuz der Ehrenlegion mitgegründet; jedermann kann es für einige Silberlinge erhalten. Auch können die Träger dieses Ehrenzeichens zu „Rittern“ geschlagen werden. In den Versammlungen der Ritter tritt Er als Festredner auf und schmückt als „Ehrenmarschall“ höchst eigenhändig die Brüste echt deutscher Männer mit dem Kreuze der Ehrenlegion. Zur Gewinnung neuer Anhänger für seine Person werden jedoch Mittel angewandt, die mit den Gleichen [illegible] Ethik schwer zu vereinen sind. So hat die Bayr. Kriegerzeitung, der man wohl glauben darf, einmal festgestellt, daß die Behauptung, der Ex-Kaiser habe den Entwurf zu dem Lindström-Kreuze geliefert und den „Ordensrat“ zur Verleihung ermächtigt, ein glatter Schwindel ist. Trotzdem scheint das Geschäft nicht schlecht zu gehen. 300 000 G—die haben sich schon das Kreuz gekauft haben. Dieser Ordensschwindel mit seinem verlogenen Reklamebetrieb schreit geradezu nach dem Staatsanwalt.

Jedoch fürchtet Er ihn so wenig wie Seine Hunde die Bestimmungen über die Hundesperre. Er läßt sie frei auf den Straßen herumlaufen trotz der Drohung der Polizei, sie erschießen zu lassen. Auf diese Drohung entgegnete Er: Die Regierung habe ihm nichts zu sagen! Fühlte sich dieser berufsmäßige Verspieler nicht so sicher, wie dürfte er es sonst wagen, in dem von ihm gegründeten Frontbann seinen Soldaten diesen Treueid leisten zu lassen:

Ich gelobe meinem Führer Ludendorff und den von ihm ernannten Unterführern und meiner Fahne Treue und Gehorsam bis in den Tod.

Wäre sie ein Frontbannkreuz angeheftet erhalten. Dieser Fahneneid verstößt so auffallend gegen § 128 des Strafgesetzes, wie die Existenz anderer Geheimorganisationen gegen den Bestand des Staates, gegen Ruhe und Sicherheit. Aber in der deutschen Republik scheint es keine Staatsanwälte zu geben, die es wagen, gegen Rechtsputschisten einzuschreiten.

Dagegen kann die Vereinigung unter der Firma einer großdeutschen Volksgemeinschaft der parlamentarischen Bonzen, den höchstkommandierenden Ludendorff und die Reste des alten Nationalsozialismus unter einen Hut zu bringen, schon jetzt als gescheitert angesehen werden. Es ist possierlich anzusehen, wie die Partner dieser Gemeinschaft die Welt über diese Komödie der Irrungen zu täuschen suchen. Doch schwant den alten Hitlerleuten schon etwas von der Götterdämmerung des Nationalsozialismus. Sie und ihr Führer Hitler sind von Lindström um die Früchte ihrer einzigen Hetze betrogen worden. Zwei Möglichkeiten eröffnen sich für die Zukunft: Entweder tritt der Völkische Block des Landtags erst nach dem Ablauf der Wahlperiode — also in vier Jahren — von der politischen Bühne ab, dann wird er sich unter Führung des politischen Zwitters Dr. Glaser als Salon-Nationalsozialismus zu einer Hilfstruppe der Koalition: Bayrische Volkspartei, Deutschnationale und Bauernbund entwickeln. Dieser Glaser ist durch Dietrich Eckart zum Nährvater der „nationalsozialistischen Kampfbewegung“ aufbewahrt worden. Der Vorgang bildet auch einen Teil der Komödie der Irrungen, die in ihrer Gesamtheit die Eigenart bayerischer Innenpolitik kennzeichnet.

Findet der Landtag vor Ablauf der Wahlperiode sein Ende, dann dürfte der Völkische Block überhaupt in der Versenkung verschwinden. Die gutgläubigen, auf die Versprechungen der Völkischen hineingefallenen Wähler werden sich nicht ein zweites Mal so schnell übertölpeln lassen, zumal die Völkischen ihnen nichts mehr bieten können, als sie bereits geboten haben. Nebenher wurden dann nur bleiben Er mit seinen Geheimorganisationen und militärischen Desperados, und der zum Literaten degradierte Hitler nebst seinen Vorkämpfern. Schon jetzt sind sie zu betrogenen Betrügern durch ihren großvölkischen Kampfgenossen herabgedrückt. Jedoch zwingt sie vielleicht die Not, sich schließlich doch noch unter das Ludendorff-Joch zu beugen. Es bleiben dann nur viele Verabredungsrufe zwischen schwarzweißroten und weißblauen Demagogen übrig, um sich nicht des Heineschen Verses zu erinnern:

Nur wenn wir im Kot uns fanden,
So verstanden wir uns gleich.

Der faschistische Terror

Mailand, 15. September. (Eig. Ber.)

Der von den Faschisten durch die Zerstörung der Giustizia angerichtete Schaden ist sehr groß. Obwohl das Haus durch zehn Schutzbeamte bewacht wurde, gelang es einem gewaltigen Haufen, der die Fensterscheiben zerschlug, sich Eingang in die Verwaltungsräume des Blattes zu verschaffen. Hier wurden die Möbel zerstört, die vorhandenen Bücher auf den Hof geworfen und dort unter Absingen faschistischer Lieder verbrannt. Die sofort alarmierte polizeiliche Verstärkung traf erst ein, nachdem die Zerstörung verwirklicht war. Nicht einer der Attentäter wurde festgenommen, sodaß sie gemeinsam ihr Zerstörungswerk fortsetzen konnten. Von dem Verwaltungsgebäude aus drangen die Faschisten in die Druckerei ein. Hier vernichteten sie vier Linotype-Maschinen.

Bevor der eigentliche Sturm auf unser Parteiorgan begann, waren bereits einige Zeitungskioske, deren Eigentümer der Sozialistischen Partei angehören, zerstört worden. Auch die Freimaurerlogen blieben vom faschistischen Terror nicht verschont. Hier wurden ebenfalls sämtliche Möbel vernichtet und die vorhandenen Schriftstücke und Bücher zerrissen.

Aus Anlaß der Zerstörung der Giustizia richtete der Geschäftsführende Vorstand der Sozialdemokratischen Partei folgende Kundgebung an die italienische Parteigenossenschaft: „Eine abscheuliche, blinde Zerstörungswut hat sich gegen das Blatt unsrer Partei gerichtet, hat die Maschinen vernichtet und unsre Druckerei der Dinge beraubt, die wir nicht entbehren können. Dagegen zu protestieren hat gar keinen Wert. Die Genossen und diejenigen, die uns ihre Sympathien zuwenden, haben die moralische Verpflichtung, mit Eifer und mit größter Beschleunigung die gewaltigen Schäden, die uns zugefügt sind, wieder zu beseitigen. Mehr als je ist das Blatt notwendig und bedeutsam für die sozialistische Propaganda. Je härter unsre Arbeit und je tragischer unser Schicksal, um so notwendiger ist die Versicherung, daß wir an unser Recht glauben und festhalten.“

China

Schanghai, 15. September. Erneut sind sieben amerikanische Kriegsfahrzeuge eingetroffen und haben Truppen gelandet. Seit Sonntag soll im Norden der Provinz Tschili, nicht weit von der großen Mauer entfernt, eine erbitterte Schlacht zwischen der mandschurischen Armee und den Pekinger Streitkräften im Gange sein. Das Zentrum der Kämpfe liege an der Eisenbahn Mukden—Peking. Tschangtsolins mandschurische Truppen zeigten sich überlegen.

Die Londoner Morning Post meldet aus Peking: Die Gesandtschaften der Großmächte haben telegraphisch die Intervention im Chinakonflikt gefordert. Die Mandschu-Armee steht fünf Tagemärsche von Peking entfernt. Auch in ihr träte der bolschewistische Einfluß immer deutlicher hervor, da sie auf ihrem Vormarsch die Bildung von Arbeiterräten angeordnet hat.

Um Schuldfrage und Völkerbund

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In Erörterungen der Presse ist in der letzten Zeit wiederholt von Gegensätzen zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann gesprochen worden. Gegenüber diesen Behauptungen wird erklärt, daß beiden Persönlichkeiten von diesen Gegensätzen nichts bekannt ist. Die von dem Außenminister seinerzeit mit den Führern der deutschnationalen Opposition geführten Verhandlungen wegen der Erklärung über die Kriegsschuld sind im Einverständnis mit dem Reichskanzler und dem Kabinett erfolgt. Die am Montag sogleich nach der Rückkehr des Reichskanzlers erfolgte Aussprache hat erneut ergeben, daß über die Gesamtpolitik sowie besonders in den Fragen der Notifizierung der Kriegsschulderklärung und des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichskanzler und Außenminister bestehen oder bestanden hat.

*

Aus den Erklärungen des Herrn Stresemann vom Sonnabend war bereits zu ersehen, daß alles wieder in Butter ist. Immerhin erscheint die Form, in der das jetzt der Oeffentlichkeit mit Zustimmung des Reichskanzlers mitgeteilt wird, sehr sonderbar. Herr Marx hat sich scheinbar um des lieben Friedens willen breitschlagen lassen. Er hat ja schließlich auch die Erklärungen Stresemanns vom Freitag nicht gehört und ist infolgedessen nicht in der Lage, sich darüber ein Urteil zu bilden. Richtig bleibt jedenfalls, daß Stresemann am Freitag andrer Meinung war wie der Reichskanzler, und wenn er jetzt mit Dr. Marx einer Meinung ist, dann heißt es, daß auch er vorläufig oder besser auf absehbare Zeit nicht notifizieren will. Der Reichsaußenminister hat also vom Freitag zum Montag vieles gelernt. Aber auf wie lange?

*

Stresemanns Faselei

Seh. **Genf**, 15. September. (Eig. Drahtb.)

Der Korrespondent des Soz. Parlamentsdienstes fragte am Montag den englischen Delegierten im Völkerbund, Lord Parmoor, ob während der Londoner Konferenz tatsächlich niemand mit dem Außenminister Stresemann über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesprochen habe, wie in einer offiziellen deutschen Verlautbarung mitgeteilt wurde. Lord Parmoor erklärte: Ich verstehe diese Behauptung nicht. Herr Stresemann hat in meinem eigenen Landhause lange Zeit mit Herrn Professor Gilbert Murray, dem jetzigen Führer der englischen Delegation in Genf, das ganze Problem eingehend besprochen. Ebenso habe ich selbst mit Herrn Dr. Stresemann eine entsprechende Unterredung gehabt, über die ich aber keine Einzelheiten geben will, um Herrn Stresemann nicht entgegentreten zu müssen. Ebenso ist mit Herrn Reichskanzler Dr. Marx über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund diskutiert worden.

*

Herr Stresemann wird sich zu diesen Feststellungen Lord Parmoors zu äußern haben. Er scheint mit einer Leichtigkeit Politik zu treiben, die grenzenlos ist und eine viel schärfere Bezeichnung verdient. Da das ganze deutsche Volk von seinem Treiben getroffen wird, so ist darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen.

*

Deutschland verscherzt seine Aussichten

Seh. **Genf**, 15. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der englische Delegierte im Völkerbund, Lord Parmoor, äußerte am Montag gegenüber dem Genfer Korrespondenten des Soz. Parlaments-Dienstes, daß er bedauere, keine Erklärungen mehr über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geben zu können, nachdem die Reichsregierung trotz der englischen Einladung auch jetzt noch eine widerspruchsvolle Haltung einnehme. Der Völkerbund habe das Seine getan, jetzt müsse endlich Deutschland sprechen.

*

Herr Stresemann hat also glücklich erreicht, daß man jetzt auch schon im Völkerbund nicht mehr daran denkt, sich noch besonders zugunsten Deutschlands einzusetzen. Das ist nicht verwunderlich, denn schließlich sind die Großmächte nicht dazu da, Deutschland fortgesetzt unter bestimmten Zusicherungen zum Eintritt aufzufordern, ohne hierfür auch nur im geringsten der erforderlichen Antwort gewürdigt zu werden. Die einzige Gegenerklärung Deutschlands auf die wiederholten Genfer Aufforderungen zum Eintritt in den Völkerbund bestand bisher lediglich in Aeußerungen Stresemanns, und die waren auch danach. Es fehlt jetzt nur noch, daß Herr Stresemann in Genf mitteilen läßt, welche seiner beiden Erklärungen nun eigentlich Geltung hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240916/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG